

STELLUNGNAHME

30. August 2007

Umweltuntersuchungen in Übereinstimmung mit Rechtsvorschriften

Um Spekulationen bezüglich der Untersuchungs- und Bergungsarbeiten in der Ostsee mit Fakten zu begegnen, hat die Nord Stream AG den schwedischen Verteidigungsminister Mikael Odenberg über folgende Hintergründe informiert.

In der Vergangenheit gab es Forderungen, Nord Stream solle alle Untersuchungsergebnisse veröffentlichen, die im Zusammenhang mit der geplanten Pipeline durch die Ostsee erhoben werden. Die Nord Stream AG betrachtet diese Untersuchungsdaten als vertraulich und hat sie gemäß der Untersuchungsgenehmigungen den zuständigen Behörden der betroffenen Länder zur Verfügung gestellt – im Falle Schwedens der für Geologie zuständigen Behörde (Sveriges Geologiska Undersökning, SGU).

Die russische Firma Peter Gaz, ein Tochterunternehmen von Gazprom, hat in den Jahren 2005/2006 erste Untersuchungen des Meeresbodens entlang der geplanten Nord Stream Route durchgeführt. Hierfür hatten die jeweils zuständigen nationalen Behörden alle erforderlichen Genehmigungen erteilt. Die in diesem Jahr durchzuführenden Studien ergänzen die Ergebnisse dieser ersten Untersuchungsphase.

Den Genehmigungen entsprechend wurden die Ergebnisse der Studien aus den Jahren 2005/2006 den zuständigen Behörden des jeweiligen Landes übermittelt. In Schweden geschah dies im Februar und März 2007 gegenüber der SGU. Die übrigen Ostseeanrainerstaaten erhielten im Rahmen des Espoo-Prozesses einen Überblick über die Ergebnisse, jedoch keine Details. Die detaillierten Ergebnisse werden von den durch Nord Stream beauftragten Unternehmen strikt vertraulich behandelt.

Derzeit lässt Nord Stream zusätzliche und weitergehende Untersuchungen durchführen. Dafür wurde das anerkannte Göteborger Unternehmen Marin Mäteteknik beauftragt, das auf Meeresuntersuchungen spezialisiert ist. Zusätzlich überprüft Peter Gaz als Dienstleister für Nord Stream regelmäßig Forschungsstationen zur Messung von Wellen und Strömungen in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen Deutschlands, Dänemarks, Schwedens, Finnlands und Russlands. Bei den Untersuchungen außerhalb der russischen Gewässer war kein Vertreter der russischen Marine auf den beiden Forschungsschiffen „Professor Shtokman“ und „Akademik Golitsyn“ anwesend. Auch die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden den zuständigen Behörden der jeweils betroffenen Länder übermittelt.

Zusätzlich zu den oben bereits erwähnten Untersuchungen wurden in den Jahren 2006 und 2007 auch Studien im Rahmen des von der Europäischen Union finanzierten Forschungsprojektes MERCW (Modelling of Ecological Risks Related to Sea-Dumped Chemical Weapons) durchgeführt. Das Projekt erforscht die ökologischen Risiken von im Meer verklappten Chemiewaffen. Diese Untersuchungen wurden bei Bornholm und in finnischen Gewässern vorgenommen. Die Forschungen, an denen das Shirshov Institut für Ozeanologie aus Kaliningrad und das russische Forschungsschiff „Professor Shtokman“ beteiligt sind, werden vom Finnischen Institut für Meeresforschung koordiniert.

Die zuständigen Behörden haben das Recht, souverän darüber zu entscheiden, wie sie mit den Informationen umgehen und wie sie mit den gefundenen Objekten auf dem Meeresboden verfahren. Die russischen Behörden haben nun angekündigt, wie sie in ihren Gewässern vorgehen wollen. Dies hat keine Auswirkungen auf die Entscheidungen der Behörden in den anderen betroffenen Ländern. Die Nord Stream AG stellt ausdrücklich fest, dass sich ihres Wissens nach die öffentlich angekündigten Bergungsarbeiten der russischen Marine auf den russischen Festlandsockel und die Ausschließliche Wirtschaftszone Russlands beschränken.

Die Nord Stream AG befolgt alle gesetzlichen Bestimmungen bei der Umsetzung ihres Pipeline-Projektes und arbeitet kooperativ mit den zuständigen Behörden zusammen.

Weitere Informationen:

Nord Stream ist eine Erdgaspipeline, die Russland und die Europäische Union durch die Ostsee verbindet. Der Bedarf an Erdgasimporten in die Europäische Union, im Jahr 2005 336 Milliarden Kubikmeter, wird bis zum Jahr 2015 um 200 Milliarden Kubikmeter auf 536 Milliarden Kubikmeter wachsen (Quelle: Global Insight, 2007). Durch die Verbindung der größten Gasreserven der Welt mit dem europäischen Gasleitungsnetz wird Nord Stream etwa 25 Prozent des zusätzlichen Gasimportbedarfs der Europäischen Union decken können. Das Projekt wird ein bedeutender Beitrag zur langfristigen Sicherung der Gaslieferungen und ein Prüfstein für die Energiepartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland sein.

Die Pipeline mit einer Gesamtlänge von über 1.200 Kilometern wird 2010 zunächst mit einer jährlichen Kapazität von etwa 27,5 Mrd. Kubikmetern in Betrieb gehen. In der zweiten Phase wird die Transportkapazität mit einem weiteren Leitungsstrang auf rund 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr verdoppelt.

Als grenzüberschreitendes Projekt unterliegt Nord Stream internationalen Abkommen sowie den nationalen Rechtsvorschriften der Länder, durch die die Trasse verläuft. Es sind Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) in grenzüberschreitendem Zusammenhang gemäß der Espoo-Konvention und den nationalen Gesetzesvorgaben durchzuführen. Zur Vorbereitung des Genehmigungsverfahrens wurde der Erhebungs- und Informationsbedarf mit den Behörden und Organisationen der Ostseeanrainerstaaten abgestimmt. Mit der Notifizierung informierten die zu den Ursprungsparteien gehörenden Länder im November 2006 die Ostseeanrainerstaaten offiziell über das geplante Bauvorhaben.

Die Espoo-Konvention regelt die Verpflichtung von Parteien, die Umweltauswirkungen bestimmter Vorhaben in einem frühen Planungsstadium zu untersuchen. Darüber hinaus verpflichtet sie Staaten zur gegenseitigen Notifizierung und Konsultation über alle geplanten Projekte, von denen anzunehmen ist, dass sie wesentliche Umweltauswirkungen über nationale Grenzen hinweg haben werden. Die Espoo-Konvention wurde am 25. Februar 1991 im finnischen Espoo zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 10. September 1997 in Kraft. Nord Stream hat das Konsultationsverfahren gemäß der Espoo-Konvention mit der Notifizierung des Projektes im November 2006 begonnen.

Im Rahmen der an die Notifizierung anschließenden Konsultationen hat die Nord Stream AG 129 Stellungnahmen zum Projekt von Behörden, Verbänden, Vereinen und Privatpersonen aller betroffenen Staaten erhalten. In dieser mittlerweile abgeschlossenen ersten Phase des Konsultationsprozesses nahm Nord Stream zudem an 22 öffentlichen Anhörungen und zahlreichen Treffen in den beteiligten Ländern teil.

Die abgegebenen Stellungnahmen konzentrierten sich auf Schlüsselthemen wie mögliche ökologische Auswirkungen auf den Meeresboden und auf die gewerbliche Fischerei sowie die Risiken von versenkten Munitionsaltlasten – Aspekte, mit denen sich das Unternehmen und seine Anteilseigner bereits seit einigen Jahren im Rahmen von Untersuchungen beschäftigen. Das Unternehmen prüft alle Stellungnahmen sorgfältig und ist beim Bau der Pipeline bestrebt, die Umweltauswirkungen so gering wie möglich zu halten. Die Stellungnahmen werden in die abschließenden Arbeiten am Umweltbericht Eingang finden, der in 2007 den Behörden übergeben und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Die **Nord Stream AG** ist ein internationales Joint Venture, das zur Planung, zum Bau und anschließenden Betrieb der neuen Ostsee-Pipeline gegründet wurde. Gazprom ist mit 51 Prozent an dem Gemeinschaftsprojekt beteiligt, Wintershall und E.ON Ruhrgas mit je 24,5 Prozent.

Weitere Informationen sowie entsprechendes Kartenmaterial finden Sie unter www.nord-stream.de.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Jens Müller, mobil: +41 79 295 96 08
Irina Vasilyeva, mobil: +7 916 133 87 81

E-Mail: press@nord-stream.com